
Position des VCD Landesverbandes Baden-Württemberg zum Projekt Stuttgart 21 nach der Volksabstimmung:

„Stuttgart 21 nach der Volksabstimmung – Wie geht es weiter?“

Die erste Volksabstimmung in Baden-Württemberg am 27.11.2011 war für die Gegner des Milliardenprojekts eine herbe Niederlage. Das Ausstiegsgesetz der grün-roten Landesregierung ist gescheitert, die Projektbefürworter haben landesweit rund 59 Prozent der Stimmen gewonnen, selbst in Stuttgart – was besonders bitter ist – mit rund 53 Prozent immer noch eine klare Mehrheit. Bei einer Wahlbeteiligung von 48 Prozent ist an dem Ergebnis nicht zu rütteln.

Es war ein Kampf David gegen Goliath. Hier die Projektgegner mit einer bunten Kampagne, dort die von CDU und der Wirtschaft gesponserten Befürworter, die ihre Werbung massiv unters Volk gebracht. Statt einer differenzierten Argumentation über Leistungsfähigkeit, Zukunftssicherheit und Kosten setzten die Befürworter auf eine Ich-bin-doch-nicht-blöd Kampagne – und haben damit gewonnen. Was spielt es dabei eine Rolle, dass die genannten Ausstiegskosten der Bahn nur eine Forderung, keineswegs aber real sind? Die Befürworter machten daraus den Slogan „1,5 Milliarden Euro für nichts?“ und setzten auf wirtschaftliche Argumente: Stuttgart 21 ist gut für die Wirtschaft, schafft Arbeitsplätze, sichert Wohlstand, hält das Geld im Ländle. Kommt Stuttgart 21 nicht, fließt das Geld in den Osten oder nach Nordrhein-Westfalen und wir haben nichts. Ein Mahnbrief des Oberbürgermeisters an alle Haushalte in Stuttgart und eine Hochglanzbroschüre des Verbands Region Stuttgart, beides aus Steuergeldern finanziert, hat die noch Zweifelnden eingefangen. Ein Wahlkampf mit ungleichen Mitteln.

Stuttgart 21 ist ein hoch politisches Projekt. Wer glaubt, die neue grün-rote Landesregierung könne es verhindern, der irrt. Dazu ist die noch junge Landesregierung in dieser Frage zu sehr zerstritten. Die SPD mit dem ehemaligen Stuttgart21-Sprecher Wolfgang Drexler und dem Fraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel gehören zu den fanatischsten Befürwortern. Diese Hardliner versäumen keine Gelegenheit, dem grünen Verkehrsminister Winfried Hermann in die Parade zu fahren. Einig ist sich die grün-rote Landesregierung nur in einem Punkt: Der Landesanteil an der Finanzierung des Projekts darf die 930 Millionen Euro Grenze nicht überschreiten. Der erste grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann wird an der S21-Frage die Koalition nicht scheitern lassen.

Der VCD-Landesvorstand respektiert das Ergebnis der Volksentscheidung - ein Festhalten am Kopfbahnhof 21 wäre weltfremd, wenn die Bahn ihr Baurecht durchsetzt. Klar ist aber auch: Allein durch die Volksabstimmung wird aus einem schlechten Projekt kein gutes. Viele Sachfragen sind noch nicht zufriedenstellend geklärt – beispielsweise, die Leistungsfähigkeit des Tunnelbahnhofs, der Stresstest, die Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die S-Bahn, das fehlende Notfallkonzept. Das Planfeststellungsverfahren für den Flughafenabschnitt ist noch nicht einmal eröffnet. Nicht absehbar ist,

wie groß die Behinderung während der Bauzeit sein wird. Der VCD wird das Projekt kritisch begleiten, auf Engpässe, Mängel und Fehler hinweisen und Verbesserungen einfordern. Das sind wir uns und unseren Mitgliedern schuldig.

Der Kampf gegen Stuttgart 21 war nie Selbstzweck. Immer ging es uns um die bessere Bahn für den Reisenden, um kürzere Fahrzeiten, bessere Anschlüsse und einen zukunftsfähigen Verkehr. Dafür wird sich der Landesverband weiter einsetzen – beispielsweise für einen Integralen Taktfahrplan und für einen flächendeckenden Ausbau der Schiene im Land. Wir werden auf dem aufbauen, was in den letzten Monaten durch die Arbeit vieler Ehrenamtlichen erreicht wurde: die Schwachpunkte beim Betrieb, bei der Sicherheit und bei der Infrastruktur sind bekannt – wir werden die Bahn auffordern, nachzubessern.

Stuttgart 21 wird uns die nächsten 10 Jahre noch beschäftigen. Von den drei diskutierten Alternativen – Stuttgart 21, Kopfbahnhof 21 und die Kombi-Lösung wird jetzt die bahnbetrieblich schlechteste Lösung umgesetzt. Das Bild der Stadt wird sich verändern. Sämtliche oberirdischen Bahnanlagen werden verschwinden – die Stadt, die Wirtschaft, die Investoren, die CDU und die Betonfraktion innerhalb der SPD wollen die Bahnflächen, um darauf eine neue Stadt hochzuziehen. Stuttgart 21 ist kein Verkehrsprojekt, sondern in erster Linie ein Stadtentwicklungsprojekt. Die Räumung sämtlicher Gleisanlagen – im Jargon der Projektbefürworter der „Schienenschrott“ – dient allein dem städtebaulichen Ziel, der Gewinnung von 100 Hektar Bauland in der Innenstadt von Stuttgart. Dies ist auch der Grund, warum so hartnäckig von den Projektbefürwortern um Stuttgart 21 gekämpft wurde. Es geht langfristig um Investitionen von vielen Milliarden Euro.

Hierfür muss die Bahn „oben“ den Platz freimachen. Und weil die Verlegung in den Untergrund so unendlich teuer ist, wird alles auf Kante genäht. Der Faktenscheck hat gezeigt, dass der Tunnelbahnhof nicht einmal die Kapazität des bestehenden (!) Kopfbahnhofs bei gleicher Betriebsqualität erreichen kann. Stuttgart 21 ist ein Nadelöhr – kein Zukunftsprojekt für einen besseren Schienenverkehr von Morgen. Dass die städtebaulichen Ziele in der öffentlichen Diskussion immer weit hinter den verkehrlichen Debatten standen, hat einen Grund: die Stadterweiterung von Stuttgart gelingt nur, wenn das Projekt über die Verkehrshaushalte von Bund und Land finanziert wird. Somit ist Stuttgart 21 nicht nur eine Niederlage einer neuen ökologischen Verkehrspolitik, sondern auch eine Bankrotterklärung der Verkehrswissenschaft, die sich dem Profitstreben der Wirtschaft untergeordnet hat.

VCD-Landesvorstand

Beschluss vom 21.01.2012, Bad Herrenalb